

Inhaltsübersicht

Vorwort	v
Inhaltsverzeichnis	ix
Abkürzungsverzeichnis	xxi
Einleitung	1
1. Teil: Grundlagen und Rechtsquellen	9
§ 1 <i>Systematik und Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts</i>	9
§ 2 <i>Systematik und Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts</i>	19
§ 3 <i>Das Vorsorgeprinzip und das Nachhaltigkeitsprinzip sowie deren Bedeutung für das besondere Artenschutzrecht</i>	39
§ 4 <i>Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien</i>	49
2. Teil: Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot bei der Genehmigung von Windenergieanlagen	75
§ 1 <i>Einführung und Problemstellung</i>	75
§ 2 <i>Verfahrensrechtliche Aspekte und Umweltverträglichkeitsprüfung</i>	78
§ 3 <i>Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots und Regelungssystematik der §§ 44 ff. BNatSchG</i>	104
§ 4 <i>Anwendungsbereich und Tatbestandsvoraussetzungen des Tötungsverbots mit Fokus auf die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen</i>	113
§ 5 <i>Die Sachverhaltsermittlung bei der Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen</i>	122
§ 6 <i>§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als Einschränkung des Tatbestands des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – eine Darstellung des Signifikanzkriteriums</i>	136

VIII	<i>Inhaltsübersicht</i>
§ 7 <i>Verfassungswidrigkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Parlamentsvorbehalt?</i>	208
§ 8 <i>Windenergieanlagen im Rahmen der Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 BNatSchG</i>	247
3. Teil: Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers	281
§ 1 <i>Ziel dieses Teils</i>	281
§ 2 <i>Handlungsvorschläge an den Gesetzgeber</i>	282
§ 3 <i>Analyse und Bewertung des § 45b BNatSchG</i>	294
Fazit	307
Literaturverzeichnis	317
Sachregister	331

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Inhaltsübersicht	vii
Abkürzungsverzeichnis	xxi
Einleitung	1
1. Teil: Grundlagen und Rechtsquellen	9
§ 1 <i>Systematik und Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts</i> ...	9
I. Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts	9
1. Europäisches Primärrecht	9
2. Europäisches Sekundärrecht	11
a) Allgemeines	12
b) Vogelschutzrichtlinie	13
c) FFH-Richtlinie	13
II. Leitgedanken und Ziele des EU-Artenschutzrechts	14
1. Ziele des EU-Artenschutzrechts	14
2. Das Schutzsystem des EU-Artenschutzrechts	16
a) Der Begriff „Schutzsystem“ in den Richtlinien	16
b) Inhalt des strengen Schutzsystems	17
§ 2 <i>Systematik und Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts</i>	19
I. Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts	19
1. Das Artenschutzrecht als Teil des Umweltverfassungsrechts	19
a) Art. 20a GG als Staatszielbestimmung	20
b) Der gegenständliche Schutzbereich des Art. 20a GG	21
aa) Der Begriff „Natürliche Lebensgrundlagen“	22
bb) Schutzauftrag „auch in Verantwortung für künftige Generationen“	22
c) Der materielle Inhalt des Schutzauftrags gemäß Art. 20a GG	23
aa) Optimierungsgebot und Problem des Schutzniveaus	24
bb) Verschlechterungsverbot	25

d) Vorrangige Handlungspflicht des Gesetzgebers	26
2. Rechtsquellen im förmlichen deutschen Recht	27
a) Gesetzgebungskompetenzen	28
b) Die artenschutzrechtlichen Vorschriften im BNatSchG	28
aa) Der Artenschutz in den Allgemeinen Vorschriften des BNatSchG	28
bb) Die §§ 37 ff. BNatSchG als zentrale Regelungen des deutschen Artenschutzrechts	29
(1) Allgemeine Vorschriften zum Artenschutz und allgemeines Artenschutzrecht, §§ 37 ff. BNatSchG	29
(2) Besonderes Artenschutzrecht, §§ 44 ff. BNatSchG	30
c) Das Verhältnis von europäischem und deutschem Artenschutzrecht	31
3. Leitgedanken und Ziele des deutschen Artenschutzrechts	33
4. Verwaltungsvorschriften im Artenschutzrecht – die Windenergie- erlasse und Artenschutzleitfäden der Bundesländer	35
II. Die Systematik des deutschen Artenschutzrechts	36
1. Allgemeines Artenschutzrecht (§§ 39 ff. BNatSchG)	37
2. Besonderes Artenschutzrecht (§§ 44 ff. BNatSchG)	37
§ 3 Das Vorsorgeprinzip und das Nachhaltigkeitsprinzip sowie deren Bedeutung für das besondere Artenschutzrecht	39
I. Das Vorsorgeprinzip – Kodifikation, Rechtsfigur und Inhalt	39
1. Das Vorsorgeprinzip in Verfassungs- und Europarecht	39
2. Schutzbereich, Inhalt und Grenzen des Vorsorgeprinzips	40
a) Schutzbereich und Inhalt	40
b) Grenzen des Vorsorgeprinzips	42
c) Das Vorsorgeprinzip im Europäischen Recht	43
II. Der Nachhaltigkeitsgrundsatz	44
1. Rechtsnatur und rechtliche Funktionsweise	44
2. Inhalt und Bedeutung	45
III. Vorsorgeprinzip und Nachhaltigkeitsgrundsatz im besonderen Artenschutzrecht	47
§ 4 Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien	49
I. Das Klimaschutzrecht des Bundes und die Notwendigkeit des Ausbau erneuerbarer Energien – am Beispiel der Windenergie an Land	49
1. Die Klimaschutzziele im internationalen und deutschen Recht	49
a) Das UN-Klimaübereinkommen von Paris	51
b) Der Klimaschutz auf europarechtlicher und verfassungsrechtlicher Ebene	52
aa) Das Schutzgut „Klima“	52
bb) Klimaschutz im Europäischen Recht – ein Überblick	53

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
	(1) Der Klimaschutz im europäischen Primärrecht	53
	(2) Die Umsetzung des UN-Klimaübereinkommens durch das Sekundärrecht der Europäischen Union	54
cc)	Art. 20a GG als Staatszielbestimmung für den Klimaschutz	55
	dd) Staatliche Pflicht zu aktivem Klimaschutzes aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	56
2.	Klimaschutz im deutschen Recht – ein Überblick über die Ziele und Instrumente des KSG	57
	a) Ziel und Zweck des KSG	57
	b) Inhalt des KSG – Klimaschutzziele und Klimaschutz maßnahmen	58
II.	Der Ausbau erneuerbarer Energien als wesentlicher Bestandteil der Klimaschutzstrategie – Eine Analyse der Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien	59
1.	Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien in der europäischen und deutschen Gesetzgebung	61
	a) Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien im europäischen Recht	61
	aa) Der Ausbau erneuerbarer Energien im EU-Primärrecht	61
	bb) Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie – ein Kurzüberblick	62
	b) Der Ausbau erneuerbarer Energien als verfassungsrechtlicher Handlungsauftrag aus Art. 20a GG	63
	c) Das EEG als einfachgesetzliche Grundlage zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien	65
	d) Wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien durch das EEG 2023	67
2.	Klimaschutz durch den Ausbau erneuerbarer Energien – eine Analyse unter Beachtung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes	69
	a) Der Ausbau erneuerbarer Energien als wesentliches Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele	69
	b) Die Bedeutung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes im Klima- schutzrecht und dem Recht der erneuerbaren Energien	70
3.	Die Bedeutung der Windenergie an Land für die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele	72

2. Teil: Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot bei der Genehmigung von Windenergieanlagen	75
<i>§ 1 Einführung und Problemstellung</i>	<i>75</i>
<i>§ 2 Verfahrensrechtliche Aspekte und Umweltverträglichkeitsprüfung ...</i>	<i>78</i>
I. Genehmigungspflicht und Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen nach dem BImSchG	79
II. Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot in der Umweltverträglichkeitsprüfung von Windenergieanlagen	80
1. Die Umweltverträglichkeitsprüfung für Windenergieanlagen – Rechtsgrundlagen und Durchführungspflicht	81
a) Rechtsgrundlagen der Umweltverträglichkeitsprüfung	81
b) Zuständige Behörde für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung und der UVP-Vorprüfung	82
c) UVP-Pflicht von Windenergieanlagen nach § 6 UVPG	83
2. Die UVP-Vorprüfung bei Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen	84
a) Pflicht zur Durchführung einer UVP-Vorprüfung	84
b) Die allgemeine und die standortbezogene UVP-Vorprüfung	85
c) Überblick über Funktion und Durchführung der UVP-Vorprüfung	86
3. Funktion der Umweltverträglichkeitsprüfung für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen	88
a) Sinn und Zweck der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung	88
aa) Die Schutzgüter der Umweltverträglichkeitsprüfung	88
bb) Die Umweltverträglichkeitsprüfung als integratives und medienübergreifendes Verfahrensinstrument	89
b) Auswirkungen der Umweltverträglichkeitsprüfung auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsentscheidung	90
4. Das Verfahren über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach der 9. BImSchV – ein Überblick	92
5. Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot als Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung von Windenergieanlagen	93
a) Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot in der UVP-Vorprüfung	93
aa) Allgemeine UVP-Vorprüfung	94
bb) Standortbezogene UVP-Vorprüfung	95
(1) Grundsätzlich keine Prüfung artenschutzrechtlicher Belange	95
(2) Ausnahme: Faktische Vogelschutzgebiete	97
b) Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Schutzmaßnahmen im Rahmen des § 7 Abs. 5 S. 1 UVPG?	100

c) Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot im Verfahren über die Umweltverträglichkeitsprüfung	101
§ 3 Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots und Regelungssystematik der §§ 44 ff. BNatSchG ...	104
I. Das Regelungssystem der Zugriffsverbote des besonderen Artenschutzrechts (§§ 44, 45 BNatSchG)	104
II. Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – materielle Zulassungsvorschrift und ordnungsrechtliches Instrument?	105
1. Das Tötungsverbot als Vorschrift des materiellen Ordnungsrechts – repressive Funktion des Tötungsverbots	106
2. Das Tötungsverbot als materielle Zulassungsvorschrift – präventive Funktion des Tötungsverbots	108
a) Funktion des Tötungsverbots als materielle Zulassungsvorschrift in Deutschland durch den Einfluss des europäischen Rechts – das europäische Verständnis des Tötungsverbots	108
b) Das Tötungsverbot als materielle Zulassungsnorm mit präventiver Schutzfunktion als Resultat der Zugrundelegung des Vorsorgeprinzips	112
§ 4 Anwendungsbereich und Tatbestandsvoraussetzungen des Tötungsverbots mit Fokus auf die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen	113
I. Gegenständlicher Anwendungsbereich des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots	115
1. Allgemeiner gegenständlicher Anwendungsbereich – die von § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG geschützten Arten	115
2. Windenergiesensible Vogelarten als Mittelpunkt der Prüfung des Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen	116
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots	119
1. Der individuenbezogene Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG	119
2. Das Fehlen subjektiver Tatbestandsmerkmale – eine Abweichung von den unionsrechtlichen Tötungsverboten	121
§ 5 Die Sachverhaltsermittlung bei der Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen	122
I. Der Untersuchungsgrundsatz im Verwaltungsverfahren – ein Überblick	122
II. Die artenschutzrechtliche Sachverhaltsermittlung im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen	124

1.	Rechtliche Anforderungen an die Sachverhaltsermittlung zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren	124
a)	Keine Übertragbarkeit habitatschutzrechtlicher Standards	125
b)	Die Sachverhaltsermittlung im Artenschutzrecht	126
aa)	Gegenstand der artenschutzrechtlichen Sachverhaltsermittlung	127
bb)	Bestandserfassung der in der Umgebung der Windenergieanlage angesiedelten Arten	128
2.	Die Sachverhaltsermittlung in den Windenergieerlassen und Artenschutzleitfäden der Länder – am Beispiel des BayWEE	131
a)	Relevanzprüfung – Abschichtung der im Einzelfall betroffenen Arten	132
b)	Bestanderfassung vor Ort	133
3.	Fazit und Kritik	134
§ 6	§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als Einschränkung des Tatbestands des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – eine Darstellung des Signifikanzkriteriums	136
I.	Hintergrund der Entwicklung der Tatbestandseinschränkung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG und dessen sachlicher Anwendungsbereich	137
1.	Sinn und Zweck einer Einschränkung des Tötungsverbots	137
2.	Der Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG	141
a)	Windenergieanlagen als Teil des Anwendungsbereichs	141
b)	Die der Signifikanzprüfung unterfallenden Arten	142
II.	Kriterien zur Prüfung „signifikante Erhöhung des Tötungs- verbots“ – zugleich eine Darstellung der höchstrichterlichen Rechtsprechung	143
1.	Anforderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung an die „signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos“	143
a)	Kriterien für die Prüfung der „signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos“	143
aa)	Der Maßstab für die Ermittlung des Grundrisikos	144
bb)	Kriterien für die Ermittlung einer grundsätzlichen Risikoerhöhung durch den Betrieb einer Windenergieanlage	147
cc)	Anforderungen an die Signifikanz der Erhöhung des Tötungsrisikos	149
(1)	Kriterien für die Prüfung der Signifikanz einer Erhöhung des Tötungsrisikos („besondere Umstände“)	150
(a)	artspezifische Verhaltensweisen	152

(b) häufige Frequentierung des Vorhabengebietes (nahe gelegene Nahrungshabitate und Brutstätten)	152
(c) Weitere Kriterien in Zusammenhang mit der Biologie der Art	154
(2) Bewertungsmaßstäbe für die Bestimmung der „Signifikanz“	155
(a) Maßstab für die Bestimmung der „Signifikanz“	155
(b) Umgang mit bereits bestehenden Risiken durch Bestandsanlagen im Umfeld der geplanten Neuanlage	158
b) Ausschluss einer signifikanten Erhöhung des Tötungsverbots durch Schutzmaßnahmen (§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 Hs. 2 BNatSchG)	160
aa) Bedeutung von Schutzmaßnahmen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen	160
bb) Beispiele für Schutzmaßnahmen in Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen	163
(1) Schutzmaßnahmen im BayWEE	163
(2) Schutzmaßnahmen nach § 45b Abs. 6 BNatSchG ...	165
(3) Monitoring zur Erfolgskontrolle der Schutzmaßnahmen	167
2. Die naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative und ihre Abschaffung durch das BVerfG	169
a) Die naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative – Zusammenfassung und Hintergrund	169
aa) Hintergründe für die Zuerkennung einer naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative durch die Rechtsprechung	169
bb) Inhalt der naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative und Auswirkungen auf die gerichtliche Kontroldichte	170
b) Die Entscheidung des BVerfG – die „Abschaffung“ der naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative	173
c) Die rechtspraktischen Konsequenzen der Entscheidung des BVerfG – die verbleibende gerichtliche Kontroldichte	177
d) Ausblick: Handlungsauftrag an den Gesetzgeber	180
III. Bedeutung naturschutzfachlicher Arbeitshilfen bei der Anwendung des Signifikanzkriteriums – das Problem fehlender allgemeiner Standards und Methoden	181
1. Fehlende allgemein anerkannte naturschutzfachliche Standards und Methoden	182

2. Die Bedeutung naturschutzfachlicher Arbeitshilfen	185
3. Beispielhafte Darstellung bedeutender naturschutzfachlicher Arbeitshilfen	186
a) Der Mortalitäts-Gefährdungs-Index (MGI)	186
aa) Inhalt	186
bb) Rezeption in der Rechtsprechung	188
b) Das Helgoländer Papier	188
aa) Inhalt und Rezeption in der Rechtsprechung	188
bb) Kritik	191
IV. Das Signifikanzkriterium in der bayerischen Verwaltungspraxis – eine Betrachtung des BayWEE	193
1. Der BayWEE als Grundlage der Verwaltungspraxis in Bayern	194
a) Rechtliche Bedeutung als antizipiertes Sachverständigengutachten	194
b) Inhaltliche Vorgaben für die Prüfung des Tötungsverbots	195
2. Kritische Würdigung der Vorgaben des BayWEE	198
V. Zusammenfassung und Bewertung	200
§ 7 Verfassungswidrigkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Parlamentsvorbehalt?	208
I. Der allgemeine Parlamentsvorbehalt und die Wesentlichkeitstheorie	209
1. Verfassungsrechtliche Verankerung des allgemeinen Parlamentsvorbehalts	209
2. Inhalt des allgemeinen Parlamentsvorbehalts unter Zugrundelegung der Wesentlichkeitstheorie des BVerfG	210
3. Umfang des allgemeinen Parlamentsvorbehalts	212
a) Anforderungen an die gesetzliche Regelungsdichte	212
b) Konkretisierung der Regelungsdichte durch das Bestimmtheitsgebot	213
c) Grenzen der Bestimmtheitsanforderungen	214
d) Kein Ausschluss unbestimmter Rechtsbegriffe	215
II. Vereinbarkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG mit dem allgemeinen Parlamentsvorbehalt?	216
1. § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als wesentliche Vorschrift im Sinne der Wesentlichkeitstheorie	217
a) Grundrechtsrelevanz für die Berufsfreiheit von Vorhabenträgern	217
b) Erhebliche Bedeutung für Staat und Gesellschaft	220
aa) Erhebliche Bedeutung aus Gründen des Artenschutzes	221
bb) Erhebliche Bedeutung aus Gründen des Klimaschutzes	222
2. Vereinbarkeit der Signifikanzprüfung mit dem allgemeinen Parlamentsvorbehalt unter Würdigung des Bestimmtheitsgebots	224

a)	Anforderungen an die inhaltliche Bestimmtheit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG	226
aa)	Bewertung des Maßes der Wesentlichkeit und der Intensität des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG	226
	(1) Quantitative Bewertung der Wesentlichkeit	226
	(2) Qualitative Bewertung der Wesentlichkeit anhand der Grundrechtsintensität	229
bb)	Relativierung aufgrund fehlender allgemein anerkannter Standards und Methoden	230
b)	Vereinbarkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG mit den Anforderungen des Bestimmtheitsgebots?	233
aa)	Ausreichende Bestimmtheit der „signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos“ durch Auslegung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG?	234
bb)	Hinzuziehung der langjährigen Rechtsprechung des BVerwG	235
cc)	Stellungnahme	238
	(1) Stellungnahme im Hinblick auf die gesetzliche Lage vor Einführung des § 45b BNatSchG	238
	(2) Änderungen an der verfassungsrechtlichen Bewertung durch Einführung des § 45b BNatSchG	244
§ 8 Windenergieanlagen im Rahmen der Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 BNatSchG		247
I.	Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG	248
1.	Maßgeblich günstige Auswirkungen auf die Umwelt (Alt. 5)	249
2.	Gesundheit des Menschen (Alt. 1)	251
3.	Öffentliche Sicherheit (Alt. 2)	253
a)	Definition der „öffentlichen Sicherheit“ im Sinne des § 45 Abs. 7 BNatSchG	253
b)	Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage im Interesse der öffentlichen Sicherheit	256
aa)	Grundinteresse der Gesellschaft an Windenergieanlagen	256
bb)	Abwehr einer tatsächlich vorliegenden schweren Gefährdung	257
cc)	Windenergieanlagen als bedeutende Infrastruktur- vorhaben	261
II.	Ausnahmegrund des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG	262
1.	Anwendbarkeit auf europäische Vogelarten?	263
a)	Keine Europarechtswidrigkeit des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG	263
b)	Rechtliche Konsequenz aus dem Fehlen des Ausnahmegrundes im Wortlaut der Vogelschutzrichtlinie ...	267

2. Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage als zwingender Grund des öffentlichen Interesses?	270
a) Öffentliches Interesse	271
b) Zwingender Grund	273
c) Ortsbezug als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal?	275
III. Einzelfallabwägung	277
IV. Zusammenfassung und Ausblick	279
 3. Teil: Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers	281
§ 1 <i>Ziel dieses Teils</i>	281
§ 2 <i>Handlungsvorschläge an den Gesetzgeber</i>	282
I. Materiell-rechtliche Standardisierung	282
1. Standardisierung und Operationalisierung des Tötungsverbots	282
a) Maßstab	283
b) Notwendige Inhalte für eine erfolgreiche Standardisierung	283
c) Geeignetes Mittel für eine Standardisierung	287
2. Standardisierung von Schutzmaßnahmen	289
3. Ausnahmeregelung des § 45 Abs. 7 BNatSchG	290
a) Ausdrückliche Festlegung von Ausnahmegründen für Windenergieanlagen	290
b) Kein Ausweg über eine ständige Ausnahmeerteilung	291
II. Bundesgesetzliche Vorgaben für die Sachverhaltsermittlung	292
§ 3 <i>Analyse und Bewertung des § 45b BNatSchG</i>	294
I. Aufbau und systematische Stellung	296
1. Vorgaben für die Signifikanzprüfung	296
2. Vorgaben für die artenschutzrechtliche Ausnahme	296
3. Systematische Stellung in § 45b BNatSchG	296
II. Auswirkungen auf die Prüfung des Tötungsverbots bei der Genehmigung von Windenergieanlagen	298
1. Anwendungsbereich	298
2. Die Vorgaben zur Signifikanzprüfung und deren Auswirkung auf die Prüfung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG	299
a) Vorgaben für die Signifikanzprüfung	300
aa) Prüfungsmaßstab (§ 45b Abs. 5 BNatSchG)	300
bb) Nahbereich (§ 45b Abs. 2 BNatSchG)	300
cc) Prüfbereich (§ 45b Abs. 3 BNatSchG)	301
dd) Erweiterter Prüfbereich (§ 45b Abs. 4 BNatSchG)	302
b) Bewertung der Vorgaben in § 45b BNatSchG	302
aa) Europarechtswidrigkeit einiger Regelungen	303
bb) Fehlende Vorgaben zur Sachverhaltsermittlung	304
III. Auswirkungen auf die Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 S. 1 BNatSchG	305

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
Fazit	307	
Literaturverzeichnis	317	
Sachregister	331	